

## Gegen die Wohnungsnot.

Eine Besprechung beim Staatskommissar für das Wohnungswesen hatten die Vorstandsmitglieder der „Berliner Vorort-Gemeinschaft im Kreise Teltow“ (Bürgermeister Walger-Friedenau, Brohm-Lichterfelde, Dr. Beyendorff-Lankwitz und Beigeordneter Jochem-Steglich). Die Vertreter der Gemeinden wiesen eindringlich darauf hin, daß die Wohnungsnot in ihren Gemeinden bereits dringlich geworden sei und unverzüglich die nötigen Anstalten zu ihrer Beseitigung getroffen werden müßten. Mit sogenannten „Notbauten“ sei nichts getan, es müßten vielmehr von vornherein endgültige Bauten errichtet werden, wozu aber erhebliche Bauzuschüsse aus Staatsmitteln erforderlich seien, die auch ohne Zinsverpflichtung gegeben werden müßten. Die Gemeinden vermüßten nichts zu unternehmen, wenn nicht staatliche Gelder zur Verfügung gestellt würden.

Der Staatskommissar erklärte, daß der Wunsch auf Herabgabe staatlicher Zuschüsse zur Abmilderung der Ueberbauungskosten sich mit den Absichten der Staatsregierung decke. Der Grundgedanke sei, daß die Spannung zwischen der jetzigen Ueberbauung und dem späteren Normalbaukosten durch öffentliche Gelder ausgeglichen werden solle, die in einem bestimmten Verhältnis von Reich, Staat und Gemeinden aufgebracht werden müßten. Die Zuleitung der staatlichen Gelder an die Bedarfstellen werde sich nach den örtlichen Verhältnissen richten, unter unmittelbarer Zuführung an die Gemeinden. Wenn er bisher den Gemeinden bestimmte Zusagen noch nicht habe erteilen können, so liege dies daran, daß die Frage, in welchem Verhältnis sich Reich, Staat und Gemeinde in diese Zuschüsse teilen sollen, bei dem Widerstreit der Interessen und der Größe der in Betracht kommenden Summen eingehende Verhandlungen zwischen den Beteiligten bedinge, die aber bis zum Wiederzukommen des Reichstags erledigt sein sollten, so daß der Reichstag dann in der Lage sei, über die Beteiligung des Reiches unverzüglich Beschluß zu fassen.

Inmerhin könne mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die jetzt in Angriff genommenen Bauten nach den demnächst aufzustellenden Grundsätzen ebenfalls Zuschüsse erhalten würden. Es empfehle sich daher, daß die Gemeinden Anträge auf Bewilligung von Zuschüssen schon jetzt einreichen. Diese Anträge müßten selbstverständlich eingehend begründet werden. Besonderer Wert werde auch darauf gelegt, daß die Industrie sich an der Wohnungslösung beteilige, wofür eventuell noch die geeignete gesetzliche Grundlage geschaffen werden sollte. Von den Vertretern der Gemeinden wurde noch betont, daß die staatlichen Gelder am besten unmittelbar durch die Gemeinden dem Baugewerbe zugeführt würden, das namentlich auch in seinem handwerkmäßigen Unternehmertum wieder lebensfähig gemacht werden müsse.

Zur Frage der Beseitigung der Wohnungsnot versendet der Ansiedlungsverein Groß-Berlin eine Rundgebung, worin darauf hingewiesen wird, daß die Wohnungsnot schon jetzt schwer sei und daß sofortige Maßnahmen gegen ihre Verminderung getroffen werden müßten. Seit der letzten Aufnahme der leerstehenden Wohnungen sind nun wieder drei Monate verstrichen, ohne daß etwas zur Beseitigung der Wohnungsnot geschehen ist. Bei der Schnelligkeit, womit die Zahl der Leerwohnungen seit dem Mai 1917 abgenommen hat, kann man sich ungefähr ausrechnen, wann die letzte Leerwohnung besetzt sein wird. Der „Ansiedlungsverein Groß-Berlin“ stellt daher die dringende Forderung, daß angesichts der drohenden Obdachlosigkeit die Groß-Berliner Verwaltungen endlich von Worten zu Taten schreiten.